

Sachsen-Zeitung



Nr. 556.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 190.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 28. November 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 7, Hinterhaus. C. Lehmann 188; Redaktion C. Lehmann 1872. (Hing. Gr. Braunschweigstr. 5. Sprechstunde: Dr. Waltherr Gebensleben in Halle a. S.)

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. C. Lehmann VI a Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 28. November.

Verfahren gegen Dr. Seitz eingestellt. Der von seinem Amte suspendierte Bureauvorstand Wislizenus hat die Weisung verbreitet, der Geheimdelegationsrat Dr. Seitz habe sich dadurch gegen die Weisung verhalten, daß er, mit der Wahrnehmung landesamtlicher Geschäfte betraut, in den Jahren 1898 und 1899 in Kamerun landesamtliche Erklärungen als vor ihm abgegeben beschweigend habe, während dieselben tatsächlich nicht vor ihm, sondern vor dem Sekretär abgegeben worden seien. Die in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in dieser Sache angefertigten amtlichen Ermittlungen haben, so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, ergeben, daß Herr Seitz sich der betreffenden Vorwürfe nicht mehr erinnert, jedoch hinzusetzt, sollte ein derartiger Fall vorgekommen sein, was er nicht glaube, so könne es nur bei Anzeichen von Todesfällen der weichen Bevölkerung — nur für die Europäer besteht ein Standesregister — vorgekommen sein, daß ihm die Anzeige mündlich erstattet sei und er den Angezeigten dann zur Abgabe der formellen Erklärung zu Rufen gelangt und das Protokoll dann später unterzeichnet habe. Der Sekretär dem, welcher jetzt in der Kolonialabteilung angestellt ist, hat, als Zeuge vernommen, erklärt, er „glaube“ sich zu erinnern, daß es ausnahmsweise, und zwar in der ganzen Zeit, in welcher er die landesamtlichen Geschäfte als Sekretär bearbeitete, während der Dauer der amtlichen Tätigkeit des Geheimrats Seitz bei etwa drei Todesfällen vorgekommen sei, daß die Protokolle nicht in Gegenwart des Geheimrats Seitz, wohl aber in seiner Gegenwart den Referenten vorgelesen und von denselben unterzeichnet worden seien, und daß Geheimrat Seitz sie erst später vorgelesen habe. Keim hat sich jedoch außer Stande erklärt, auch wenn ihm die landesamtlichen Urkundenbücher aus der in Frage kommenden Zeit, nämlich aus dem Jahre 1898 und aus den Monaten Januar-März 1899 — Geheimrat Seitz hat Kamerun bereits im Februar 1899 verlassen — vorgelegt würden, irgend einen Fall zu bezeichnen, von dem er behaupten könnte, daß Geheimrat Seitz bei der Unterzeichnung der Protokolle durch die Referenten nicht zugegen gewesen sei. Er gibt zu, dem Witauba feinerzeit in Kamerun von der Sache geschwehrt zu haben, was auch in den Urkunden gegen Dr. Seitz mangels eines hinreichend glaubhaften Nachweises Verdräts nicht erfolgen kann, ist das amtliche Ermittlungsverfahren eingestellt worden.

Eine Unternehmung der Berliner Seimarbeiter ist von der Berliner Handelskammer verurteilt worden. Aus deren Ergebnis wird berichtet, daß die bekannte, unter kaufmännischer Mitwirkung der sozialdemokratischen Gewerkschaften von der „Gesellschaft für soziale Praxis“ veranstaltete Berliner Seimarbeiter-Ausstellung kein richtiges Spiegelbild der deutschen Seimarbeiter im ganzen und der Berliner Seimarbeiter im besonderen geliefert habe. Die erwähnten Untersuchungen haben ergeben, daß die Gesamtzahl der für Berliner Seimarbeiter beschäftigten eigentlichen Seimarbeiter 110 000 bis 120 000 Personen betrage und daß die hierfür in Betracht kommenden Firmen einen Jahresumsatz von 600 Millionen Mark aufwiesen. Es wird in dem Berichte mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn die Seimarbeiter eine veraltete, nicht mehr in das heutige System passende Einrichtung wäre, sie gerade in Berlin, das zu Neuerungen im Betriebswesen stets große Neigung habe, sich nicht in dieser Ausdehnung erhalten und sogar erweitern könnte. Den eigentlichen Grund für das Bestehen der Seimarbeiter findet der Bericht darin, daß sie in hervorragender Weise verheiratete Frauen eine Arbeitsgelegenheit bietet, die eben nur in dieser Weise werden könne. In den meisten Fällen kommen sich hier der Lohn der in der Seimarbeiter tätigen Frauen als ein Aufwacherer zum Verdienste des Mannes. Nach beigefügter tabellarischer Aufstellung betragen die Wochenverdienste der Ehefrauen zwischen 3 und 31,50 Mk. Nimmt man die niedrigsten Preise, so würden sie allerdings, an sich betrachtet, als Hungerlöhne erscheinen; doch wird man berücksichtigen müssen, daß, wenn in derselben Branche die Wochenlöhne von 3 bis 12,50 Mark auseinandergehen, doch wohl individuelle Ursachen mitwirken müssen. Sollen doch der Lohndurchschnitt über täglich 2 Mk. betragen. — Immerhin wird man nicht beaupten können, daß besonders die Berliner Kleider- und Wäscheindustrie angemessene Löhne gewährt und daß es sich hier wirklich in der Mehrzahl um „Aufwacherer“ handle.

Der Kaiser in Kiel. Dienstag mittag um 12 Uhr begab sich Se. Majestät der Kaiser von Bord der „Deutschland“ nach dem königlichen Schloß, wo er vom Prinzen Heinrich empfangen wurde. Der Kaiser nahm die militärische Feier der Einstellung des Prinzen Zigmund von Preußen, des jüngsten Sohnes des Königs Heinrich, als Divisionschef des ersten Garderegiments zu Fuß unter Stellung desselben in die suite

der Marine vor. Hierbei wurden zugleich die direkten Vorgesetzten des ersten Garderegiments zu Fuß mit dem kommandierenden General des Garderegiments, G. Kessel an der Spitze, der Kommandeur des 1. Bataillons und der Kommandeur der Reibkompanie, Prinz Eitel Friedrich, ferner die ortsanwesenden Flaggoffiziere und in Flaggoffiziersstellen befindlichen Kapitäne zur See, der Inspektor der Marine-Infanterie, Johann die Herren des Gezelges, der Chef des Militärkabinetts und der Chef des Marinekabinetts. An die Feier schloß sich ein Frühstück im königlichen Schloß. Bald nach 2 Uhr nachmittags begab sich der Monarch, begleitet vom Prinzen Heinrich, vom königlichen Schloß auf dem Verkehrsboote „Julia“ nach dem Bahnhofs. Die Schiffe im Hafen feuerten Salvo. Um 2 Uhr 30 Min. erfolgte mittels Sonderzuges die Abreise nach Berlin, wo die Ankunft gegen 8 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof erfolgte. Der Kaiser gedachte sich abends nach zum Reichskanzler zu begeben und bei ihm das Diner einzunehmen.

Deutschland und Marokko. Der Korrespondent der „Köln. Zig.“ in Tanger telegraphiert untern 28. d. Mts.: Im Auftrage der deutschen Kolonie in Marakech wird mir folgende vom 18. November datierte Mitteilung gesandt: Bei der öffentlichen Feier, die alljährlich anlässlich des Beiratsjahres am Schluß des Pasternannes meist außerhalb der Stadt unter Beteiligung aller Abgeordneten der Stäbchen stattfindet, war es dem Vizekönig Mohammed V. gelungen, das die deutsche Kolonie zu sich. Bei dem Empfange sagte er wörtlich zu ihm: Das Erscheinen Ihrer Landsleute bei der heutigen Feier hat mir eine doppelte Freude bereitet, 1. als Beweis für die Freundschaft, die zwischen Ihrem Kaiser und meinem erhabenen Herrn und Bruder, dem Sultan, besteht, und 2. weil gerade zu dieser Zeit die Zustände besonders im Süden des Reiches, wo ich stauf bin, in tendenzloser Weise als jeder Sicherheit für die Marokko entbehrend dargestellt werden und über Vorkommnisse geklagt wird, die teils aus der Luft gegriffen, teils auch fälschlich herabbeizuhören sind.

Das preussische Staatsministerium trat gestern unter dem Vorsitz des Fürsten v. Bismarck zu einer Sitzung zusammen.

Die Generalkonferenz der Eisenbahnervereine Deutschlands wird im Dezember, voraussichtlich noch nach dem am 6. Dezember stattfindenden Sitzung des preussischen Landeseseisenbahnrates, in Berlin zusammenzutreten.

Die Kölner Stadterweiterung. Zu Köln haben die Ultralanten über die Ultralanten wieder die Mehrheit in der Stadterweiterung gewonnen.

Landtagswahl. Am 27. d. Mts. wurde im Reichstagswahlbezirk Berlin III neben insgesamt 2443 Wählern abgegeben. Dementsprechend auf Redakteur Dr. Müller-Zagan (fr. Sp.) 1117, auf Schriftsteller G. Ledebour-Lehmann (Soz.) 1112, und auf Rechtsanwalt Ulrich-Berlin (son.) 211 Stimmen. Zwei Stimmen waren zerstreut. Zwischen Dr. Müller-Zagan und Ledebour findet am 1. Dezember ein Wahl statt.

Kardinal Knop wurde am Dienstag vom Papst in halbständiger Audienz empfangen. Die päpstliche Heiligenschrift hat davon abgesehen, eine schriftliche oder telegraphische Mitteilung anlässlich des Ablebens des Erzbischofs Dr. von Steinhilber nach Polen gelangen zu lassen. Die Aktion wird sich in corpore Mittwoch früh zu den Weisungsstellen nach Polen begeben. Es soll bei dieser Weisungsstellen von der Spendung von Kränzen Umgang genommen werden, vielmehr die dafür in Aussicht genommenen Geldbeiträge zur Bildung eines Steinhilber-Fonds verwendet werden.

Ein kräftiges Wort. Der Landrat des Kreises Posen-West, von Lilly, veröffentlicht folgende Erklärung:

„Wachschreitende, welche dazu bestimmt sind, den im Kreise Posen-West im Niedrig begriffenen Schutzkreis neu neu an aufzubauen, zwingen mich, so schwer es mir wird, öffentlich zu wiederholen, was ich schon oft ausgesprochen habe, daß jeder gläubige Christ es für eine Gotteslästerung hält, sich in der Öffentlichkeit über die Verhältnisse der Posen-West zu äußern, wenn jemand unter Bezugnahme auf Gottes Gebot an fünfzig Kinder zum Angehörigen in der Schule gegen die zur Augenberührung berufenen Lehrer auffordert oder anregt. Die mir unmittelbar oder mittelbar unterliegenden Personen in amtlicher Stellung ersuche ich, diesen Standpunkt mit Nachdruck überall dort zu vertreten, wo sie auf die im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht scharf genug zu beurteilende Agitation in der Schulzeit stoßen. Weiter möge sich jeder Streikangehörige, der in gleicher Weise zur Weisung der unter Ausnutzung ihrer Einflüsse verfahrenen Epistelerunterstützung öffentlichen Agitation betreibt und dadurch einer Verwirrung der Posen-West nachdenkenden Jugend vorzugehen hilft, bewußt sein, daß er sich den aufrichtigen Dank der gesamten einsichtigen Bevölkerung des Kreises verdient hat.“

Das wird in der ultralanten und politischen Presse ein schönes Reflektieren gegen diesen tapferen Landrat geben.

Dem Dänentum in Nordfriesland wachen die Flügel wieder, seit seine feste Hand mehr die Agitation niederhält.

Auf der ganzen Linie kann man, so wird der „Post“ aus Süderdänemark geschrieben, beobachten, wie das Dänentum sich zu energischem Vorstoß gegen das Deutschland rüstet. Ein bereites Zeugnis dafür ist der Fonds, der als Jessen-Regat dieses Monats und jenseits der Grenze zur Spitze der dänischen Sprache in Nordfriesland genannt wird. Jetzt ist auch von jüngeren Dänischgelehrten eine Vereinigung zur Erhaltung der dänischen Sprache ins Leben gerufen worden.

Ein spezialiter „Genosse“. Ultralantene Wähler konnten vor kurzen den öffentlichen Widerspruch des vor acht Jahren aus der katholischen Kirche ausgesetzten Sozialdemokraten und freireligiösen Predigers Freiherrn v. Jucco und Cuccagno bringen und mitteln, daß er in den Zehn der Kirche zurückgeführt sei. Jetzt stellt das „Proletarientblatt“ die Tatsache fest, daß ein großes Majorat seiner Familie in Döbberitz kürzlich freigezogen ist, dessen Erbe von Jucco nur als Katholik antreten kann. Ohne diese Vorbedingung wäre der Mann vielleicht „Genosse“ geblieben, denn das „Erben“ liegt nur in der Theorie, nicht aber praktisch mit sozialdemokratischen Grundrissen im Widerspruch. Siehe Webel.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung vom 27. November, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Herr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Deutscher Reichstag über die Ausführung der seit dem Jahre 1874 erlassenen Ultralanten.

Abg. Heiser (son.). Die Deutscher Reichstag ist ein betrübendes Bild von unserer Finanzlage. Unsere Gesamtschulden betragen annähernd 4 Milliarden. Es wird jetzt, daß wir mit dem Schuldensuchen machen und die Schuldentilgung unter als bisher erzielbar.

Die Deutscher Reichstag wird für erledigt erklärt.

Der ersten Beratung der Rechnungsüberprüfer für 1906/07.

Abg. Reich (fr. Sp.) ein Vorreden der Beamten aus dem unteren in die höheren und aus diesem in den höheren Dienst.

Reichssekretär Herr v. Stengel erwidert, die Antwort auf diese Anregung komme dem Reichsministeramt zu, dieses aber sei nicht berufen, sie zu beantworten.

Abg. Heiser (son.) empfiehlt, die Rechnungsüberprüfer künftig nicht mehr der Rechnungskommission, sondern der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Herr v. Stengel (son.) Die Überweisung der Rechnungsüberprüfer an die Budgetkommission wäre gerade in diesem Jahre beabsichtigt, weil der Etat sehr spät an die Budgetkommission gelangt.

Die Frage der Budgetüberprüfung liegt ihm am besten bei der Beratung der Etats.

Reichssekretär Herr v. Stengel: Die Verlegung der Einbringung des Etats hat ihren Ausgang darin, daß es in diesem Jahre mit Rücksicht auf die neuen Steuern und den neuen Zolltarif schwierig gewesen ist, die Hauptentwürfe anzufertigen und zu veranlagern. Diese hätte Einbringung des Etats soll aber eine Ausnahmeerscheinung bleiben.

Abg. Hoffmann (nl.) ist mit der Überweisung der Rechnungsüberprüfer an die Budgetkommission einverstanden, sofern die Frage prinzipiell gelöst wird, und beantragt Ablegung dieses Punktes von der Tagesordnung.

Das Haus beschließt le.

Darauf wird die erste Lesung des Entwurfs über die Reichsfinanzpolitik der Versammlung vorgetragen.

Abg. Traeger (fr. Sp.): Ich habe in der langen Debatte nichts für die Vorlage gehört; ich doch durch die Vorlage gesprochen, so sehr ich mich nicht an (Seitens). Wenn der Entwurf die Grundlage für ein neues Arbeitsrecht sein soll, so ist die Grundlage schlecht, denn von Rechten ist hier nicht viel die Rede. (Sehr laut links.) Würde der Bundesrat die Weiterprüfung im Gesetzgebungsorgan ablegen wollen, er würde die Prüfung auf Grund dieser Vorlesung nicht bestehen. (Sehr richtig und Seitens links.) Eine Ablegung der Vorlage ohne Abstimmung über den Entwurf würde ich für einen Fehler halten. Herr Reichssekretär sind mir haben geben zu wollen, als er geben kann; er machte den Eindruck des gestellten Frontens; an der Leber seiner Arbeitsrechtskommission haben als Geier die Geier der Sozialpolitik herum. (Seitens.) Redner vertritt sich unter Umständen des Hauses vor einzelne Bestimmungen der Vorlage.

Staatssekretär Graf Stolowitsch: Als hätte es noch immer für angelegt, Einzelheiten erst in der Kommission zu besprechen. Aber ungenügend ist die Beurteilung, die von einem Nebenamt polizeilicher Kontrollbestimmungen spricht. Die Einbringung der Mitgliederliste ist notwendig, weil sonst die Vereine der Gewerkschaften erhalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Liste in die Mitgliederliste muß der Behörde natürlich erstattet werden. Gegenüber dem geltenden Recht bedeutet die Annullen lediglich eine Erklärung. Die Gewerkschaften veröffentlichen schon jetzt Überlieferungen über ihre Jahresnahmen und -ausgaben; nichts anderes fordert die Vorlage. Die Annullen entfallen entsprechend dem 9. §. aber dem Gewerkschaften. Der Vorwurf, eine Vorlage sei flüchtig ausgearbeitet, ist häufig erhoben worden. Nachher zeigt sich in der Kommission, daß die Vorlage in der Hauptsache doch das Richtige traf. Hier wird es wohl eben die (Seitens rechts).

Abg. Rothhoff (fr. Sp.): Hoff, daß Abg. Sieberts in seiner Stellungnahme zum Reichsminister der Landwirtschaft die Mehrheit seiner Freunde hinter sich habe, damit der Rahmen der Vorlage durch Einbringung der Landarbeiter erweitert werden kann. Öffentlich sagt die Kommission dem Reichsminister nicht so einseitig auf wie die Verfasser der Vorlage.

Abg. Bornemann (Soz.) findet, die Vorlage mit preussischem Geiste erfüllt. Die Arbeiterinteressen vertreten wollen, könne dem Entwurf nicht zustimmen. Die Einbringung der Landarbeiter in die Vorlage ist eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Dr. Deumer (nl.): Herr Rothhoff prognostizierte, ich würde der Vorlage als böser Geist gegenüberstehen. Das ist nicht richtig;

